

Werner Mittelstaedt

## **Vortrag**

gehalten auf der die HKD-Referent/innen-Konferenz

**»Arme habt ihr alle Zeit.**

**Kirchliche Wahrnehmung von Armut vor der eigenen Haustür«**

in Hermannsburg in der HeimVolkshochschule

der ev.-luth. Landeskirche Hannovers am 12. April 2010

## **Trends und Auswirkungen der globalen und nationalen Armutsentwicklung**

***Politisches und gesellschaftliches Versagen***

***und Aspekte zur Armutsreduzierung***

Ich wurde von Pastor Rolf Adler gebeten für diese Tagung einen Vortrag zu halten, der folgende Fragestellungen aus Sicht eines Zukunftsforschers behandelt:

- 1. Welche wahrscheinlichen Wirkungen international und national wird die gegenwärtige Armut auf die allgemeinen Lebensbedingungen haben?**
- 2. Wie lässt sich die gegenwärtige Armutssituation in ihren Wirkungen durch die Instrumente der Zukunftsforschung darstellen?**
- 3. Kann Politik besser zur Armutsreduzierung beitragen?**
- 4. Welche Projekte wären denkbar, die zur Armutsreduzierung beitragen?**

*Schwierige Fragen für ein hochkomplexes Thema, das selbst in vielen Bänden weder vollständig beschreibbar noch analysierbar ist. In den nächsten 45 Minuten können deshalb nur einige wichtige Aspekte aus der Sicht eines kritischen Zukunftsforschers behandelt und der Versuch unternommen werden, die Fragen bestmöglich zu beantworten. Weil sich die Fragen auf die internationale und nationale Gesellschaft beschränken, sind Antworten in dieser kurzen Zeit überhaupt möglich. Wie wichtig dieses Thema ist, hat auch die Europäische Kommission erkannt und das Jahr 2010 zum »Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung« ausgerufen.*

Wenn über »Armutsentwicklung« gesprochen wird, dann ist zunächst Kurzes über den Begriff der Armut auszuführen. Es gibt drei Unterscheidungen der Armut. Das Deutsche Institut für Armutsbekämpfung (DIFA) in Berlin hat den Begriff »Armut« in Abstimmung mit unterschiedlichen Hilfswerken und Bündnissen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe folgendermaßen definiert:

### **Absolute Armut**

Absolute oder extreme Armut bezeichnet nach Auskunft der Weltbank eine Armut, die durch ein Einkommen von etwa einem Dollar (neuerdings 1,25US\$) pro Tag gekennzeichnet ist. Auf der Welt gibt es 1,2 Milliarden Menschen, die in diese Kategorie fallen.

### **Relative Armut**

Von relativer Armut spricht man in Wohlstandsgesellschaften, in denen es absolute Armut praktisch kaum gibt, wohl aber eine arme »Unterschicht« (neuerdings auch Präkariat genannt). Als relativ arm gilt hier derjenige, dessen Einkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens beträgt.

### **Gefühlte Armut**

Gefühlte oder auch sozio-kulturelle Armut lässt sich weniger an konkreten Einkommensgrenzen festmachen. Es ist mehr das Bewusstsein, das diese Art der Armut konstituiert. Sie betrifft diejenigen, die sich aufgrund ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Ausgrenzung oder Diskriminierung als »arm« betrachten oder Angst vor einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage haben bzw. in ständiger Angst vor Armut leben. (Quelle: Internet: [www.armut.de](http://www.armut.de))

Neben diesen Definitionen existiert noch der Begriff der **subjektiven Armut**. Sie liegt vor, wenn ein Mangel an Mitteln, die der individuellen Bedürfnisbefriedigung dienen, empfunden wird (Schubert und Klein 1997, S. 25).

Noch folgende Ergänzungen:

Durch **absolute Armut** wird die physische Existenz von Menschen bedroht, z. B. durch Verhungern, Erfrieren, medizinischer Unterversorgung).

Durch **relative Armut** haben Menschen aus finanziellen Gründen geringen oder gar keinen Zugang zu sozialen und kulturellen Aktivitäten, z. B. Theater-, Konzert- und Kinobesuche, Klassenfahrten, Besuche von Museen). Viele Menschen, die in relativer Armut leben, werden in ihren Jobs und Berufen unzureichend entlohnt oder sogar ausgebeutet. Sie können sich aus finanziellen Gründen auch Bildungsangebote und Literatur nicht leisten. Ebenfalls haben sie viel weniger Möglichkeiten bei Erkrankungen eine angemessene medizinische Versorgung zu bekommen. Auch die Qualität der Ernährung ist aus finanziellen Gründen nicht so gut wie bei Menschen mit besseren finanziellen Möglichkeiten. Relative Armut entsteht vielfach dadurch, dass immer mehr Menschen ihre Jobs und/oder Berufe verlieren und keine neuen mehr finden. Oder Menschen bekommen erst gar nicht die Möglichkeit, einen Job oder Beruf zu erlangen, was für viele Jugendliche und junge Erwachsene zutrifft. Aus finanziellen Gründen entsteht dann bei ihnen relative Armut. Als Folgeerscheinung werden diese Menschen vielfach sozial ausgegrenzt mit zum Teil verheerenden persönlichen Folgen.

Im »Atlas der Globalisierung« steht folgendes: »Global angelegte Statistiken haben ihre Schwächen. Eines jedoch können sie zweifelsfrei belegen: Seit den 1980er-Jahren nimmt die Ungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im Ländervergleich dramatisch zu« (TAZ-Verlag, 2006).

Zu den absolut armen Menschen zählen 55,6 Prozent aller Menschen, die nach Angaben der Weltbank in Armut leben, also mit einem Einkommen unter zwei US-Dollar pro Tag, darunter 23,2 Prozent, die nur über einen US-Dollar pro Tag verfügen und damit in extremer Armut leben. Noch nie hungerten so viele Menschen auf den drei Kontinenten der sog. Dritten Welt, also in den Ländern des Südens. Im Herbst 2009 waren es über eine Milliarde Menschen – Tendenz nicht abnehmend.

Die Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung schrieb dazu: »Besonders stark betroffen sind die Menschen in Afrika südlich der Sahara und im südlichen Asien. Dort leben 75% der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar täglich. Gleichzeitig ist die Gesamtfruchtbarkeitsrate sehr hoch: So bekommen Frauen in Afrika südlich der Sahara durchschnittlich 5,5 Kinder. Entsprechend schnell wächst die Bevölkerung der Region: Bis 2050 wird sie sich auf voraussichtlich 1,75 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln. Das schnelle Bevölkerungswachstum führt in eine Armutsspirale. Die ohnehin armen Länder müssen immer mehr Menschen mit Bildung, Straßen, Energie, Nahrung und Wasser versorgen. Dabei ist die Versorgung schon heute schwierig« (2006, S. 2). Walter Eberlei von der Bonner Stiftung Entwicklung und Frieden hat sich intensiv mit der weltweiten Armut und ihren Hintergründen beschäftigt und fasst nüchtern zusammen: »Langfristige Analysen stützen die Annahme, dass sich die Lebenschancen der Menschen in den vergangenen Jahrzehnten verbessert haben. Dennoch lebt jeder zweite Mensch in Armut (d.h. von weniger als zwei US-\$ pro Tag), fast jeder vierte Mensch sogar in extremer Armut. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander« (2003, S. 49).

Nach der International Development Association (IDA) gibt es folgende Indikatoren für die absolute Armut: Pro-Kopf-Einkommen (PKE) kleiner als 150 US-\$/Jahr. Kalorienaufnahme je nach Land kleiner als 2160–2670 pro Tag. Durchschnittliche Lebenserwartung kleiner als 55 Jahre. Kindersterblichkeit größer als 33 von 1000 Kindern. Geburtenrate größer als 25 auf 1000 Menschen.

Aber auch unter den sogenannten »Gewinnern« in den Ländern des Südens befinden sich ungezählte Menschen, die bestenfalls als »schlechte Gewinner« einzustufen sind, wenn wir nur einmal den Blick auf die sogenannten Mittelschichten in den Schwellenländern und aufstrebenden Ländern des Südens (Brasilien, China, Indien, Südkorea) richten, die zwar an der wirtschaftlichen Globalisierung partizipieren, aber größtenteils kein gutes Lebensniveau besitzen. Auch unter den Menschen in den Industriegesellschaften des Nordens, die durch die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung und neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht unbedingt verloren haben, sind viele schon lange keine guten Gewinner mehr, nicht zuletzt, weil sich die allgemeinen Arbeitsbedingungen weiterhin verschärfen. Überdies fallen immer mehr Menschen aus den sogenannten Mittelschichten heraus, weil sie arbeitslos wurden oder ihre Jobs wechseln mussten und unter viel schlechteren Konditionen arbeiten müssen. Dadurch leben zunehmend mehr Menschen »von der Hand in den Mund«, müssen Ersparnisse aufbrauchen und sich verschulden. Das galt bis in die frühen 1990er-Jahre eigentlich »nur« als Problem der Menschen in den Ländern des Südens und Ostens. Die scheinbaren Gewinner unseres materiell orientierten Fortschrittmusters, also Menschen, Gruppierungen und Institutionen, die maßgebend die Richtung der Gesellschaft bestimmen, verdecken diejenigen, die mehr oder weniger zu den Verlierern zählen. Hier trifft Bert Brechts Feststellung aus der Dreigroschenoper zu: »Die im Dunkeln sieht man nicht«. Zu ihnen zählt in den Ländern des Nordens schon rund ein Drittel aller Menschen (Zwei-Drittel-Gesellschaft) mit einem gefährlichen Trend zur Halb-Halb-Gesellschaft, also einer Gesellschaft, die je zur Hälfte aus Gewinnern und Verlierern besteht. Es sprechen leider viele Argu-

mente dafür, dass sich viele Länder des Nordens in diese Richtung bewegen. So gab das statistische Bundesamt der USA am 21.10.05 bekannt, dass 38 Millionen US-Bürger hungern. Bedenken wir das dramatische Anwachsen der Anzahl von Sozialhilfeempfängern, in Deutschland Empfänger des Arbeitslosengelds 2 (Hartz-IV), das dauerhaft hohe Niveau der staatlich registrierten Arbeitslosen, den stetigen Abbau der sozialstaatlichen Leistungen, das Anwachsen von Niedriglohnstrukturen auf den Arbeitsmärkten und die zunehmende Überschuldung von Privathaushalten, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Trend Wirklichkeit wird, nicht unrealistisch. Hier findet sich übrigens ein Grund dafür, dass rein statistisch betrachtet und immer wieder von Politikern und anderen Entscheidungsträgern, oftmals unter Zuhilfenahme von in Auftrag gegebenen Gutachten und Umfragen, für die Öffentlichkeit herausgestellt werden soll, dass es der Gesellschaft als Ganzes nicht schlecht ginge und der gesellschaftliche und politische Kurs richtig sei. Dies ist eine grobe Täuschung! Sie basiert darauf, dass in den Ländern des Nordens überwiegend noch etwas mehr als 50 Prozent aller Menschen unter relativ unproblematischen Verhältnissen leben. Die anderen, die »sieht man nicht«, um mit Brecht zu sprechen.

Schwerwiegend ist auch der Umstand, dass die Lebensplanungen von zunehmend mehr Menschen heute nicht nur von den Geschicken ihrer Arbeitgeber abhängig sind, sondern sehr von den Unwägbarkeiten der Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung und des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Selbst die individuelle Bereitschaft, sich für den Arbeitsmarkt attraktiv, also flexibel und fachlich qualifiziert zu halten, reicht oft nicht mehr aus, um längerfristig die individuelle und familiäre Zukunft auch nur mittelfristig planen zu können. Das hat gravierende Folgen für die Gesellschaften. So kann beispielsweise behauptet werden, dass der unsichere Arbeitsmarkt eindeutig zum Geburtenrückgang beiträgt, was zum Beispiel für Deutschland in den neuen Bundesländern erwiesen ist.

Die Ökonomie des heutigen Kapitalismus und die neoliberale Politik haben auch dazu geführt, dass berufliche Arbeit immer weniger Menschen über das reine Geldverdienen hinaus Freude bereitet, Lebenssinn stiftet und Vertrauen in die persönliche Zukunft vermittelt, die geplant sowie abgesichert sein will. Die auf Effizienz und Wachstum fixierten Unternehmen werten die Arbeit ihrer Mitarbeiter immer weniger nach ihrem Können, sondern an ihrer Flexibilität. Ungeachtet dessen fordert und fördert die neoliberale Politik die Flexibilität der Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Sie straft diejenigen mit Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen ab, die die geforderte Flexibilität verweigern. Der Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman schreibt dazu: »Nach jüngsten Berechnungen wechselt ein junger, durchschnittlich ausgebildeter Amerikaner den Arbeitsplatz im Laufe seines Arbeitslebens mindestens elfmal – und die Wechselfrequenz wird bei der derzeit im Arbeitsmarkt aktiven Generationen vermutlich eher noch zunehmen. Die Tageslosung lautet ›Flexibilität‹. Bezogen auf den Arbeitsmarkt bedeutet das das Ende des guten alten Arbeitsplatzes und den Beginn von Arbeitsverhältnissen auf der Basis von kurzfristigen oder von Kettenverträgen, wenn nicht gar ohne Verträge. Solche Positionen haben keine eingebaute Sicherheit, sie halten ›bis auf Weiteres‹, und das Arbeitsleben ist voller Ungewissheit« (2003, S. 174). Diese Flexibilität ist schon lange nicht mehr auf die USA begrenzt, sondern hat alle alten Industriegesellschaften erfasst. In unserer Zeit des raschen Wandels und globalisierten Wettbewerbs ist auch immer weniger die handwerkliche Einstellung, also das fachliche Können und Detailwissen der Mitarbeiter in den wirtschaftlichen Unternehmen gefragt, sondern ihre Fähigkeiten zum möglichst schnellen Umdenken und Umlernen. Dabei ist weniger die Qualität gefragt, sondern die Effizienz der Arbeit, die auf Quantität zielt, um letztendlich die höchsten Gewinne zu erzielen. Es herrscht in zahlreichen Unternehmen ein oftmals rigoroses Steigerungsdenken vor,

um möglichst jedes Jahr neue Gewinnrekorde zu erzielen. Um dieses durchzusetzen, gilt die Maxime: »Was heute noch richtig ist, kann morgen schon falsch sein.« Wenn Mitarbeiter dies nicht einsehen können oder wollen, dann wird ihnen mangelnde Belastbarkeit vorgeworfen und sie müssen um ihre Jobs bangen. Weil die Effizienz der Mitarbeiter und die mögliche Gewinnmarge immer mehr an den Indikatoren der globalisierten Märkte gemessen wird, wo fast ausschließlich der Aktienwert, der Shareholder Value, oder die Gewinnerwartungen der Eigentümer, wenn es keine Aktiengesellschaften sind, die meisten Unternehmenskulturen bestimmen und viele Unternehmen sich aus Gründen der Gewinnmaximierung neben ihren Kerngeschäften immer weitere neue Geschäftsfelder aufbauen, wird von den Mitarbeitern oftmals ein völliges Umdenken in kurzen Zeitintervallen und Flexibilität – psychisch wie physisch – abverlangt. Unter den Bedingungen dieser neuen Arbeitswelt, die auch einhergeht mit zunehmender Endsolidarisierung innerhalb der Belegschaften in vielen Unternehmen, scheitern immer mehr Menschen. Endsolidarisierung unter den Belegschaften entsteht aus vielschichtigen Gründen, wobei die persönliche Angst um den Arbeitsplatz nicht unwesentlich dazu beiträgt, dass Menschen sich weniger zusammenschließen (gewerkschaftlich oder durch den Aufbau von Betriebsräten) oder dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben mit geringem Engagement und mit Hemmungen gegen Missstände an ihren Arbeitsplätzen protestieren. Ebenso gelingt es vielen Arbeitnehmern nicht, sich den innerbetrieblichen Anforderungen und der Flexibilität, die der Arbeitsmarkt fordert, zu stellen, ohne dass dadurch gesundheitliche, familiäre und persönliche Krisen entstehen. Dabei bleibt es nicht aus, dass darunter auch das Selbstwertgefühl vieler Menschen leidet. Das hat zwei Hauptgründe: erstens, weil ihnen vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit und des andauernden Auf und Ab in der Weltwirtschaft immer mehr das Gefühl der Austauschbarkeit und des Ausgeliefertseins durch die Arbeitgeber vermittelt wird. Ferner wird die Individualität der Menschen in den Jobs durch die Unternehmenskultur des 21. Jahrhunderts zunehmend weniger gewürdigt – nicht mehr der Mensch, sondern seine Funktion ist gefragt. Zweitens, weil weniger die Qualität der Arbeit und das fachliche Können, sondern mehr die Effizienz und Fähigkeit zur Flexibilität gefragt sind. Mitarbeiter sind für viele Unternehmen zu »Einheiten« degradiert, die ausschließlich den Gewinn steigern sollen. Schaffen sie ihre Arbeiten wegen erhöhter Aufgabenstellungen und/oder wegen Personalabbaus nicht, so ist dann aus den Führungsetagen immer öfter zu hören, dass das Personal dann schneller arbeiten soll. Damit werden sie ähnlich wie Maschinen behandelt. Die soziale Verantwortung für die Mitarbeiter und ihre Familien zählt in der Unternehmenskultur des 21. Jahrhunderts nicht mehr viel. Dies kann auch als ein Rückfall in die Zeiten des Frühkapitalismus gewertet werden.

Bei immer mehr Menschen, die über Kapital verfügen und es für sich arbeiten lassen, ist eine noch nie dagewesene Gier nach Profit um fast jeden Preis weltweit festzustellen. Nicht nur große Konzerne, sondern auch immer mehr mittelständische Betriebe entlassen ohne Not einen Teil ihrer Mitarbeiter, um ihre Gewinne zu steigern, ungeachtet der Tatsache, dass sie gute bis sehr gute Gewinne erwirtschaften. Oder sie stellen keine neuen oder zu wenig neue Mitarbeiter ein, obwohl dies aufgrund der Auftragslagen erforderlich wäre, und holen somit mehr aus dem Personal heraus, um ihre Gewinne zu steigern. Dadurch üben sie großen Druck und Zukunftsängste bei den verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurde »Entlassungsproduktivität« zum Unwort des Jahres 2005 von einer Jury aus Sprachwissenschaftlern am 24.01.2006 gewählt. Es meint eine gleichbleibende, wenn nicht gar gesteigerte Arbeits- und Produktionsleistung, nachdem

zuvor zahlreiche »überflüssige« Mitarbeiter entlassen wurden. Der Begriff verschleiert die Mehrbelastung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten, urteilte die Jury.

Den Jüngeren Menschen zeigt die Gesellschaft immer deutlicher, dass es auf sie »nicht unbedingt« ankommt. Bedenken wir nur die Situation auf den Arbeitsmärkten, die durch zu wenige freie Stellen und immer höhere Anforderungsprofile für attraktive Berufe geprägt ist und wenn wir die hohe Jugendarbeitslosigkeit heranziehen, dann wird dieser Sachverhalt deutlich.

Unter diesen Bedingungen, die zwar nur für einen Teil aller Firmen und Konzerne gelten, der aber wächst, werden Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen oder scheitern an den Anforderungen, die ihre Jobs und Berufe an sie stellen. Viele Menschen stehen nach dem Verlust des Arbeitsplatzes rasch vor dem finanziellen Ruin.

**Schlussfolgerungen zur ersten Frage:** Welche wahrscheinlichen Wirkungen international und national wird die gegenwärtige Armut auf die allgemeinen Lebensbedingungen haben?

1. Die Kluft zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene, also zwischen den reichen Industrienationen und den Ländern der sog. Dritten Welt und den Schwellenländern wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bestehen bleiben oder sogar weiterhin zunehmen, wenn nicht politisch und ökonomisch rasch Veränderungen herbeigeführt werden. Dabei ist in den armen Ländern des Südens die »absolute Armut« am Größten. Die Wirkungen werden sein: kein Ende der vielen Bürgerkriege, neue Kriege um wichtige Ressourcen wie Wasser, Landflächen. Vertreibungskriege können zunehmen (Beispiel Sudan). Die Realität der letzten Jahrzehnte beweist, dass in armen Ländern häufiger Bürgerkriege ausbrechen als in reichen. Die globalen Trends, die aus unzähligen Daten und Fakten ermittelt werden, die natürlich auch von der Zukunftsforschung bearbeitet werden, belegen diese negativen Zukunftsaussichten. So schreibt der Zukunftsforscher Dennis Meadows im Jahre 2006: »Armut führt zu Bevölkerungswachstum, Bevölkerungswachstum führt zu Armut – welchem Pfeil in diesem Regelkreis mehr Bedeutung zukommt, wird bei internationalen Konferenzen oft leidenschaftlich diskutiert, ohne dass man sich einigen konnte. In Wirklichkeit beeinflussen alle Teile dieser positiven Rückkopplungsschleife nachdrücklich das Bevölkerungswachstum in ärmeren Regionen. Sie bilden eine ›Systemfalle‹, eine Rückkopplungsschleife nach dem Motto ›weniger Erfolg den Erfolglosen‹. Diese sorgt dafür, dass die Armen arm bleiben und die Bevölkerung weiter wächst. Wenn ein Teil der Produktion statt in Investitionen in den Konsum fließt, verlangsamt das Bevölkerungswachstum das Anwachsen des Kapitals. Armut fördert wiederum das Bevölkerungswachstum, weil sie die Menschen in einer Situation gefangen hält, in der sie keine Ausbildung, keine medizinische Versorgung, keine Familienplanung, keine Entscheidungsfreiheit, keine Macht und keine Aufstiegsmöglichkeiten haben; ihnen bleibt nur die Hoffnung, dass ihre Kinder für zusätzliches Einkommen sorgen oder die Familie bei der Arbeit unterstützen können.« (Meadows et al. 2006, S. 45 – 46).
2. Des Weiteren werden auch die Konflikte zwischen den reichen und armen Ländern zunehmen. Das Anwachsen des Terrorismus ist dafür ein Beleg. Das wird die allgemeinen Lebensbedingungen global verschlechtern. Auch der Streit um die natürlichen Ressourcen, insbesondere Wasser, Öl und Gas, wird zwischen Nord und Süd, Süd und Süd und auch zwischen Nord und Nord zunehmen, weil es prinzipiell keinem

Land auf der Welt finanziell gut geht. Schon heute versucht jedes Land, möglichst wenig für einzuführende Ressourcen zu bezahlen oder, wenn es Ressourcen verkauft, sie möglichst teuer zu verkaufen. Das wird Konsequenzen auf die allgemeinen Lebensbedingungen mit sich bringen.

3. Was Deutschland betrifft, so werden sich die allgemeinen Lebensbedingungen in den nächsten Jahren wohl kaum verbessern, weil das System des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts und die moderne Politik nicht in der Lage sind, den erwirtschafteten Wohlstand gerecht und zukunftsfähig zu erwirtschaften und zu verteilen. Nicht zuletzt die Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 und die damit verbundene Wirtschaftszession hat dies bewiesen. Es scheint unmöglich geworden zu sein, annähernde Vollbeschäftigung zu erreichen bzw. die Arbeit gerechter zu verteilen und zu entlohnen. Der Druck der Arbeitgeber auf die Beschäftigten wird zunehmen. Er wird durch die hohe Zahl der Arbeit suchenden Menschen zusätzlich gesteigert. Der Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2008 sagt aus, dass die soziale Kluft in Deutschland tiefer wird. Jeder vierte Deutsche ist in Deutschland arm oder muss durch staatliche Hilfe vor Armut bewahrt werden, sagte damals der Arbeitsminister Olaf Scholz. Jeder achte Deutsche lebt laut Armutsbericht definitiv in Armut. Parallel zu dieser Entwicklung sind die Einkünfte der Reichen gestiegen. In Deutschland helfen Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt / Caritas für die katholische Wohlfahrtspflege / der Paritätische Wohlfahrtsverband / Das Deutsche Rote Kreuz – DRK / das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche – die Diakonie / die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland für die jüdische Wohlfahrtspflege und andere) den Armen, weil sich der Staat immer mehr zurückzieht. Diese Tatsache wird auch dadurch nicht geändert, dass der Staat die Arbeit der Wohlfahrtsverbände erheblich finanziert.

#### 4. Einige Fakten:

- Die Tafeln in Deutschland haben sich seit der Einführung der AGENDA 2010 verdoppelt.
- Empfänger des Arbeitslosengelds 2 (Hartz IV) haben heute weniger Geld zur Verfügung als vor der Einführung von Hartz IV die Langzeitarbeitslosen.
- Etwa 2 Millionen Kinder in Deutschland erhalten den Hartz IV Kinderbetrag von 251 Euro im Monat.
- Rund ein Drittel aller Deutschen haben kein Vermögen.
- Mittlerweile gibt es 290.000 1 Euro-Jobber in Deutschland, wodurch ein Schattenarbeitsmarkt entstanden ist.

5. Die Zwei-Drittel-Gesellschaft ist Realität geworden; es droht die Halb-Halb-Gesellschaft. Die »relative Armut« wird steigen, weil in den nächsten Jahren sich keine spürbaren Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen. Diese können sich nicht abzeichnen, weil dafür unser Wirtschaftssystem viel größeres Wachstum benötigt und die Politik tendenziell in der näheren Zukunft den Sozialstaat nicht verbessern, sondern sogar weiter abbauen wird. Eine Folge der Finanzkrise ist die noch höhere Staatsverschuldung zur Rettung der Banken. Die Allgemeinheit wird zur Kasse gebeten, wobei den Armen genommen wird, anstatt ihnen besser zu helfen. Für die

»soziale Kälte« in Deutschland sind viele Firmen und Konzerne, die sich ihrer Verantwortung für die beschäftigten Menschen nicht bewusst sind, verantwortlich, aber auch die Politik, die in den letzten Jahren ihre Steuerungsmöglichkeiten auf den Arbeitsmärkten nicht nutzte und den Sozialstaat mehr und mehr demontierte und demontiert. Dadurch wird auch die »gefühlte Armut« zunehmen, weil mehr Menschen Angst davor haben, ihren Status zu verlieren.

Nun zur zweiten Frage: **Wie lässt sich die gegenwärtige Armutssituation in ihren Wirkungen durch die Instrumente der Zukunftsforschung darstellen?**

Zukunftsforschung kann über die Wirkungen der gegenwärtigen Armutssituationen keine qualitativen Prognosen aufstellen, die wirklich belastbar wären. Dafür sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge viel zu komplex. Nichts ist unberechenbarer als der Mensch. Die menschliche Gesellschaft potenziert diese Unberechenbarkeit ins Unermessliche. Zukunftsforschung kann aber mit verschiedenen Instrumenten Szenarien aufstellen, welche Wirkungen gegenwärtige Situationen in der Zukunft haben könnten. Dadurch wird die Sicht auf mögliche Zukunftsentwicklungen, die sich auf die Gesamtheit der Armutssituation bezieht, transparenter. Kritische Zukunftsforschung kann auch alternative Szenarien aufstellen, wie auf Armut reagiert werden könnte und welche möglichen Folgen dann eintreten könnten.

Vielfach sammelt und analysiert die Zukunftsforschung viele Daten, Fakten und Trends aus möglichst langen Zeiträumen der Vergangenheit und wertet sie aus. Diese werden dann mit der gegenwärtigen Situation einer Region oder Landes in Verbindung gebracht. Daraus können dann Schlussfolgerungen für die nähere Zukunft gezogen werden. Ich habe es für die erste Fragestellung so gemacht.

Kritische Zukunftsforschung ist aber bestrebt, die negativen Trends durch alternative Szenarien zu entschärfen. Sie will nämlich mithelfen, wünschenswerte Zukünfte aufzubauen. Diese enthalten Lösungen für Probleme und die daraus resultierenden möglichen Konsequenzen. Oder es werden Prognosen aufgestellt, die sich nicht erfüllen sollen, weil neben den Prognosen zugleich Alternativen aufgezeigt werden, wie sich eine schlechte Situation verbessern lässt. Es sollen self-destroying prophecies (sich selbst vernichtende Prognosen) werden, wenn die Alternativen gewählt und sie dadurch die negative Prognose obsolet machen würden.

Die dritte Frage lautet: **Kann Politik besser zur Armutsreduzierung beitragen?**

Ja, absolut!

Zuerst zu den Ländern des Südens: Für die armen Länder des Südens muss Politik die »Millennium-Entwicklungsziele« (Millennium Development Goals – MDGs) vorantreiben, d.h. mit möglichst allen politischen, personellen und finanziellen Mitteln unterstützen. Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development) vom 26.08.2002 bis zum 04.09.2002 in Johannesburg wurden die Millenniumsziele in den Aktionsplan aufgenommen. Eine UN-Millenniumkampagne unterstützt mittlerweile in rund 60 Ländern nationale Kampagnen zur Erreichung der Millenniumsziele. Des Weiteren arbeiten weltweit zahlreiche NGOs und von den Regierungen unterstützte Institutionen im Rahmen der Entwicklungsforschung an Umsetzungsstrategien sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene. Sie leisten wertvollste Arbeit im Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung. Es ist Arbeit, die wir im Norden nur phlegmatisch registrieren, die aber sicher-



lich wichtiger für die Qualität der Lebensbedingungen der globalen Zivilisation ist als etwa viele Errungenschaften im Norden durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Reiche wie auch arme Länder verpflichteten sich, alles daran zu setzen, die Armut in ihren Ländern drastisch zu reduzieren und Ziele wie die Achtung der Menschenrechte, Demokratie, ökologische Nachhaltigkeit und Frieden zu verwirklichen. Für die Umsetzung der Millenniumserklärung erstellte eine Arbeitsgruppe aus UN, Weltbank, OECD und anderen Organisationen im Jahre 2001 eine acht Punkte umfassende Liste von Zielen. Sie wurde als die acht sogenannten »Millennium-Entwicklungsziele« (Millennium Development Goals – MDGs) bekannt: 1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Vorgabe: bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die weniger als 1 US-Dollar am Tag zum Leben haben, und ebenso den Anteil der Menschen, die Hunger leiden [Basisjahr 1990]). 2. Vollständige Primarschulbildung für alle Mädchen und Jungen. 3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen. 4. Reduzierung der Kindersterblichkeit (Senkung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel). 5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern (Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel). 6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten. 7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. 8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.

Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen waren sich einig und haben zugesagt, diese Ziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Als dazugehörige Zielvorgaben wurden folgende Vorgaben gemacht: Weiterentwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems (umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung [Good Governance]). Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder (umfasst zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter dieser Länder). Verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hoch verschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügigerer öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind. Die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Binnen- und kleinen Insel-Entwicklungsländer soll Rechnung getragen werden. Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, um die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer umfassend anzugehen. Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen. Das Verfügbarmachen von erschwinglichen unentbehrlichen Arzneimitteln. Allgemeiner Zugang zu neuen Technologien, insbesondere den Informations- und Kommunikationstechnologien wie dem Internet.

Leider hinken alle Millenniums-Entwicklungsziele in ihrer Realisierung stark den Ansprüchen bis zum Jahr 2015 hinterher. Es geht aber um Menschen! Deshalb müssen diese Ziele, ich wiederhole mich, mit allen Mitteln besser gefördert werden. Das wäre möglich, wird aber nicht gemacht. Der Anteil der Entwicklungshilfe der 15 wichtigsten Geberländer ist von durchschnittlich 0,33 Prozent der Bruttosozialprodukte dieser Länder im Jahre 1992 weiterhin kontinuierlich gefallen. Das erstmals am 24.10.1970 auf der UN-Vollversammlung aufgestellte Ziel, dass die Industriegesellschaften mindestens 0,7 Prozent ihrer nationalen Bruttosozialprodukte als Entwicklungshilfe aufbringen sollte, wird damit seit fast vier Jahrzehnten dramatisch verfehlt.

Nun zu den Ländern des Nordens. Natürlich kann im Norden, also auch in Deutschland, Politik viel dazu beitragen, dass Armut reduziert wird. Sie muss viel stärker die Bildung fördern. Im Armutsbericht der Bundesregierung des Jahres 2009 steht: »Ein deutlicher Zusam-

menhang besteht zwischen fehlender Bildung und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote von Hochschulabgängern liegt stabil bei 4 %. Dagegen erhöhte sie sich bei Personen ohne beruflichen Abschluss von 7,9 % auf 12,2 % im Jahr 2006. (3. ARB, 62) Der Bericht verweist auch auf die Tatsache, dass in Deutschland nach der PISA-Studie 2006 unverändert eine relativ starke Abhängigkeit zwischen Schulleistungen und sozialer Herkunft besteht. Nirgendwo ist dabei der Unterschied zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund so deutlich wie in Deutschland. (3. ARB, 63) Obwohl die Bildungsproblematik Gegenstand der politischen Diskussion ist, ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 1996 mit 4,12 % auf 2005 mit 3,89 % gesunken. (3. ARB, 65)« (Internet: [de.wikipedia.org/wiki/Armutsbericht\\_der\\_Bundesregierung](http://de.wikipedia.org/wiki/Armutsbericht_der_Bundesregierung)).

Politik muss Mindestlöhne in der Wirtschaft durchsetzen, durch die Menschen vernünftig leben können oder wenn dies nicht möglich ist, muss sie schlecht entlohnte Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bezuschussen. Politik muss ebenso Mindestrenten durchsetzen, durch die Menschen im Rentenalter vernünftig leben können.

Sie muss viel mehr Kinder und Jugendliche fördern. Mehr Betreuung für Kinder und Jugendliche schaffen. Mehr und bessere Jugendzentren mit mehr Personal u.v.a.

Sie muss die finanziellen Zuwendungen an Menschen in relativer Armut erhöhen.

Sie muss durch eine gerechte Steuerpolitik verhindern, dass Reiche noch reicher werden und somit die Einnahmen für den Sozialstaat verbessern, um diese in die Bekämpfung der Armut zu investieren.

Die vierte und letzte Frage lautet: **Welche Projekte wären denkbar, die zur Armutsreduzierung beitragen?**

Wenn Sie in der Internet Suchmaschine Google auf »**Projekte Armutsreduzierung**« eine Suchanfrage starten, dann bekommen Sie ungefähr 373.000 Treffer. Auf der ganzen Welt gibt es überall Initiativen, politische Absichtserklärungen und auf allen Ebenen, also Einzelpersonen, Gesellschaften, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, auch ganz konkretes Handeln gegen alle Formen der Armut aus aller Welt. Aus meiner Sicht müssten folgende Aktivitäten zur Armutsreduzierung in Deutschland gestärkt werden:

1. Den Menschen in Deutschland, die in relativer Armut leben, müssen wesentlich mehr »Hilfe zur Selbsthilfe« bekommen. Dafür müssen sich alle, die sich konkret mit Armut in Deutschland beruflich beschäftigen, mehr Akzente setzen und mehr Energie aufwenden. Dieses wichtige Arbeitsfeld muss von kompetenten Menschen bearbeitet werden, die dafür auch entsprechend geschult und motiviert sein müssen.
2. Nachbarschaftsgruppen sollten, wo immer nur möglich, aufgebaut werden (z. B. Jugendclubs und Gruppen, die sich untereinander helfen. Arme verbessern untereinander ihre Bildung. Im besten Fall machen sich Arme selbstständig und entkommen so aus ihren »Armutsfallen«. Diese Nachbarschaftsgruppen sollten aber auch in Kooperation mit nicht Armen initiiert und gestaltet werden.
3. Ganz besonders sollte meiner Meinung nach die **Gerechtigkeitsdebatte** vor dem Hintergrund steigender Armut in Deutschland gestärkt werden. Mir persönlich ist sie nicht ausgeprägt genug. Die ev.-luth. Kirche könnte die Gerechtigkeitsdebatte auf

einen der nächsten Deutschen Evangelischen Kirchentage in den Vordergrund stellen. Im Jahre 2011 findet er in Dresden unter dem Motto »Leben und Glauben« statt.

4. Innerhalb der Gerechtigkeitsdebatte wäre es vorteilhaft, wenn es politisch neutrale Institutionen gebe, die für die Menschen, die von relativer Armut betroffen sind, sprechen würden. Es müsste also eine »Dachorganisation für von Armut betroffene Menschen« gegründet werden. Diese könnte z. B. auch regelmäßige Demonstrationen vorbereiten, durch die sich die von relativer Armut betroffenen Menschen mehr Öffentlichkeit und politisches Gewicht verschaffen könnten.

5. Ganz konkret sehe ich als Zukunftsforscher nach meinen Recherchen eine in Deutschland ganz wenig angewandte Methode, um Menschen aus der Armut zu helfen und damit zur Armutsreduzierung beizutragen. Gemeint sind »Zukunftswerkstätten«. In ihnen können Menschen, die von Armut betroffen sind, konkrete Wege ermitteln, um aus der Armut zu gelangen. Dafür muss ich etwas zur Methode der Zukunftswerkstatt ausführen: In den späten 1970er-Jahren ist das von Robert Jungk und Norbert R. Müllert entwickelte Konzept der Zukunftswerkstatt populär geworden. Sie haben es bereits Mitte der 1960er-Jahre entwickelt und immer wieder verfeinert (vgl. Jungk und Müllert 1982). Mit dieser Methode wird den unterschiedlichsten Interessengruppen (ideal sind maximal 30 Personen) eine Plattform geliefert, ihre Ideen von einer neuen, antizipatorisch orientierten Zukunftsgestaltung vor Ort in verschiedenen Phasen umzusetzen. Aus Zeitgründen eine kurze Beschreibung: **Vorbereitungsphase:** Es wird das Thema angekündigt, der Ort der Zukunftswerkstatt wird bekannt gegeben, die Arbeitsmaterialien werden zusammengestellt und es wird in die Arbeitsweise eingeführt. **Kritikphase:** In der Gruppe wird Kritik am Ist-Zustand geäußert. Dieser soll präzise beschrieben werden. **Phantasiephase:** Über die Brainstorming-Methode soll der Ist-Zustand mit viel Phantasie überwunden werden. Es werden Vorschläge, Ideen bis hin zu utopischen Entwürfen gesammelt. Daraus wird eine Wunsch-Lösung entwickelt. **Verwirklichungsphase:** Die Wunsch-Lösung aus der Phantasiephase wird durch kritische Prüfung zu einem realitätsnahen Lösungsansatz verdichtet. Dabei werden die Durchsetzungsmöglichkeiten für die Realisierung einer Veränderung oder eines Projektes abgeschätzt. **Nachbereitungsphase:** Es wird ein Protokoll angefertigt und die Ergebnisse werden verbreitet. Schließlich werden Vorschläge zur weiteren Arbeit am Projekt gemacht, um es zu verwirklichen.

Dieser hier knapp umrissene Ablauf von Zukunftswerkstätten ist zwar eine Methode, die nur einen relativ geringen Aufwand hat, die jedoch gut vorbereitete Moderatorinnen oder Moderatoren benötigt, um erfolgreich angewandt zu werden. Wegen der starken Nachfrage nach Zukunftswerkstätten haben nicht zuletzt deshalb Beate Kuhnt und Norbert R. Müllert eine Moderationsfibel Zukunftswerkstätten veröffentlicht (1996). Zukunftswerkstätten wurden primär für Bürgerinitiativen und NGOs entwickelt und werden auch von ihnen abgehalten. Sie werden aber zunehmend zur Entwicklung von Ideen, Perspektiven und in Realisierungsphasen für die Zukunftsgestaltung in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt. Als denkbares Projekt zur Armutsreduzierung könnten in Kommunen, in Kirchengemeinden

und anderswo Zukunftswerkstätten Wege zur Armutsreduzierung aufzeigen und den betroffenen Menschen Perspektiven zeigen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

### Literaturhinweise

- Bauman, Zygmunt (2003): *Flüchtige Moderne*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2006): »DSW-Datenreport 2006. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung«. Hg. Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung (DSW), Göttinger Straße 115, D-30459 Hannover.
- Eberlei, Walter (2003): »Armut und Armutsbekämpfung«. In: *Stiftung Entwicklung und Frieden. Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen*. Hg. von Ingomar Hauchler et al. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Jungk, Robert, und Norbert R. Müllert. 1982. *Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie*. München: Goldmann.
- Kuhnt, Beate und Norbert R. Müllert. 1996. *Moderationsfibel Zukunftswerkstätten*. Münster: Ökotopia Verlag.
- Meadows, Donella, Jørgen Randers und Dennis Meadows (2006): *Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel*. Stuttgart: S. Hirzel Verlag.
- Mittelstaedt, Werner (2004): *Kurskorrektur. Bausteine für die Zukunft*. Frankfurt/Main: Edition Büchergilde.
- Mittelstaedt, Werner (2008): *Das Prinzip Fortschritt. Ein neues Verständnis für die Herausforderungen unserer Zeit*. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien,
- Schubert, Klaus und Martina Klein (1997): *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- TAZ-Verlag (2006): *Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt*. Berlin: TAZ-Verlag.

©Werner Mittelstaedt, 12. April 2010  
Internet: [www.werner-mittelstaedt.com](http://www.werner-mittelstaedt.com)  
E-Mail: [werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de](mailto:werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de)

**Anschrift des Autors:**  
Werner Mittelstaedt  
Drostenhofstraße 5  
D-48167 Münster